



Informationspflichten gegenüber Patienten des Medizinischen Versorgungszentrums am Städtischen Klinikum Karlsruhe auf der Grundlage der Art. 12 ff. DSGVO

Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten

Sehr geehrte Patientinnen und Patienten,

im Rahmen Ihrer Behandlung bzw. Versorgung im Medizinischen Versorgungszentrum am Städtischen Klinikum Karlsruhe ist es erforderlich, personenbezogene und auch medizinische Daten über Ihre Person zu verarbeiten. Da die Vorgänge sowohl innerhalb unseres MVZ als auch im Zusammenspiel mit weiteren an Ihrer Behandlung beteiligten Personen/Institutionen des Gesundheitswesens nicht leicht zu überblicken sind, haben wir für Sie die nachfolgenden Informationen zusammengestellt.

Gemäß den Vorgaben des Art. 13 f. der DSGVO (EU Datenschutz-Grundverordnung) informieren wir Sie in diesem Informationsblatt daher transparent, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen zu welchen Zwecken erheben, wie wir die Daten verarbeiten und wie wir sie schützen, damit Sie die Zulässigkeit der Datenverarbeitung bewerten können. Ebenso erhalten Sie Informationen über Ihre diesbezüglichen Rechte.

Um zu gewährleisten, dass Sie in vollem Umfang über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informiert sind, nehmen Sie bitte nachstehende Informationen zur Kenntnis. Mit „wir“ oder „MVZ“ ist im Folgenden das Medizinische Versorgungszentrum am Städtischen Klinikum Karlsruhe gemeint.

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns besonders wichtig. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung

Medizinisches Versorgungszentrum am Städtischen Klinikum Karlsruhe GmbH
Moltkestraße 90
76133 Karlsruhe

Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten des MVZ

Das MVZ hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n bestellt, welche/r per E-Mail erreichbar ist unter info.datenschutz@klinikum-karlsruhe.de sowie unter nachfolgenden Kontaktdaten:

Medizinisches Versorgungszentrum am Städtischen Klinikum Karlsruhe GmbH
Datenschutzbeauftragte/r
Moltkestraße 90
76133 Karlsruhe

Als von der Datenverarbeitung betroffene Person können Sie die/den Datenschutzbeauftragte/n zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung Ihrer Rechte gemäß der DSGVO im Zusammenhang stehenden Fragen zu Rate ziehen.

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Im Rahmen Ihrer Behandlung bzw. Versorgung werden Daten über Ihre Person, Ihren sozialen Status sowie die für die Behandlung notwendigen medizinischen Daten erhoben, erfasst, gespeichert, verarbeitet, abgefragt, genutzt, übermittelt usw. Insgesamt spricht man von der „Verarbeitung“ Ihrer Daten. Dieser Begriff der „Verarbeitung“ bildet den Oberbegriff über alle diese Tätigkeiten.

Die in diesem Zusammenhang von Ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten können in nachfolgende Kategorien untergliedert werden:

- **allgemeine personenbezogene Daten:** z. B. Personenstammdaten wie Name, Anschrift, Geburtsdatum und Telefonnummer
- **besondere Kategorien personenbezogener Daten** im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO, insbesondere Gesundheitsdaten gemäß Art. 4 Ziff. 15 DSGVO: Gesundheitsdaten im Sinne der DSGVO sind personenbezogene Daten, die sich auf die körperliche oder geistige Gesundheit einer natürlichen Person, einschließlich der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen, beziehen und aus denen Informationen über deren Gesundheitszustand hervorgehen, wie z. B. Befunde, Diagnosen, Untersuchungsergebnisse, Arztbriefe und Röntgenbilder.

Zwecke, für die Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden

Die Verarbeitung von Patientendaten im MVZ ist aus Datenschutzgründen nur möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage dies vorschreibt bzw. erlaubt oder Sie als Patient hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben.

Für Ihre patientenbezogene Versorgung/Behandlung notwendig sind dabei insbesondere Verarbeitungen Ihrer Daten aus präventiven, diagnostischen, therapeutischen, kurativen und auch nachsorgenden Gründen. Ebenso erfolgen Verarbeitungen – im Sinne einer bestmöglichen Versorgung – im Hinblick auf interdisziplinäre Konferenzen zur Analyse und Erörterung von Diagnostik und Therapie, zur Vor-, Mit-, Weiterversorgung bzgl. Diagnostik, Therapie, Befunden sowie Krankheits-/Vitalstatus. Daneben werden Arztbriefe/Berichte geschrieben und es erfolgen Verarbeitungen aus Qualitätssicherungsgründen und zum Erkennen und Bekämpfen von Infektionen.

Neben diesen patientenbezogenen Verarbeitungen bedarf es auch einer verwaltungsmäßigen Abwicklung Ihrer Behandlung. Dies bedingt im Wesentlichen die Verarbeitung Ihrer Daten zur Abrechnung Ihrer Behandlung, aus Gründen des Controllings/ der Rechnungsprüfung, zur Geltendmachung, Ausübung sowie Verteidigung von Rechtsansprüchen, usw. Ferner erfolgen Datenverarbeitungen zu Zwecken der Ausbildung, der Fort- und Weiterbildung von Ärzten und von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens, zur Qualitätssicherung, zur Förderung der Patientensicherheit, zu statistischen Zwecken sowie zur medizinischen, zur rehabilitativen und zur pflegerischen Forschung oder zu gesetzlich vorgesehenen Meldepflichten (z. B. an staatliche Gesundheitsämter aufgrund des Infektionsschutzgesetzes, an Krebsregister) sowie nicht zuletzt aus Gründen der Betreuung und Wartung von IT-Systemen und Anwendungen usw.

Von wem erhalten wir Ihre Daten?

Die entsprechenden Daten erheben wir grundsätzlich – sofern möglich – bei Ihnen selbst. Teilweise kann es jedoch auch vorkommen, dass wir von anderen Krankenhäusern, die etwa Ihre Erst-/Vor-Behandlung durchgeführt haben, von niedergelassenen Ärzten, Fachärzten, Medizinischen Versorgungszentren, usw. Sie betreffende personenbezogene Daten erhalten. Diese werden bei uns im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten zusammengeführt.

Die darüberhinausgehenden Daten resultieren aus bei Ihnen durchgeführten Untersuchungs- und Behandlungsmaßnahmen

Wer hat Zugriff auf Ihre Daten?

Die an Ihrer Behandlung beteiligten Personen haben Zugriff auf Ihre Daten, wozu etwa auch Ärzte zählen, die an einer fachübergreifenden Behandlung teilnehmen oder die Verwaltung, die die Abrechnung Ihrer Behandlung vornimmt.

Die Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht sowie die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften in Bezug auf Patientendaten als auch die Sicherheit unserer Patienten nehmen wir sehr ernst. Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Alle Mitarbeitenden, die in das Behandlungsgeschehen eingebunden sind, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Schweigepflicht gilt auch zwischen Mitarbeitenden des MVZ.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten

Die Grundlage dafür, dass wir Ihre Daten datenschutzrechtlich verarbeiten dürfen, ergibt sich hauptsächlich daraus, dass wir für die Versorgung und Behandlung von Patienten zuständig sind. Auf dieser Grundlage gibt es unterschiedliche Gesetze und Verordnungen, die uns eine Verarbeitung der Daten erlauben.

Genannt sei hier insbesondere die DSGVO, z. B. Art. 6 und Art. 9 DSGVO, die auch in Deutschland gilt und ausdrücklich regelt, dass Daten von Patienten verarbeitet werden dürfen. Daneben finden sich Grundlagen im deutschen Recht, etwa in dem Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V), z. B. § 295 SGB V und § 301 SGB V, im BDSG, insbesondere § 22 BDSG, und im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) in den §§ 630a ff. BGB, die eine Verarbeitung Ihrer Daten voraussetzen.

Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung seien hier beispielhaft genannt:

- Datenverarbeitungen zum Zwecke der Durchführung sowie Dokumentation des Behandlungsgeschehens einschließlich des innerärztlichen und interprofessionellen Austauschs im MVZ über den Patienten für die Behandlung (Art. 9 Abs. 2 lit. h, Abs. 3, Abs. 4 DSGVO i. V. m. § 22 Abs. 1 Ziff. 1 lit. b BDSG sowie der Behandlungsvertrag nach den §§ 630a ff., 630f BGB, § 10 Abs. 1 Musterberufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte [MBO-Ä])
- Datenübermittlung an „Externe“ im Sinne einer gemeinsamen Behandlung (im Team), Zuziehung externer Konsiliarärzte, z. B. Labor, Telemedizin, sowie Zuziehung externer Therapeuten (Art. 9 Abs. 2 lit. h, Abs. 3, Abs. 4 DSGVO i. V. m. § 22 Abs. 1 Ziff. 1 lit. b BDSG)
- Datenübermittlung an die gesetzlichen Krankenversicherungen und die Kassenärztlichen Vereinigungen zum Zwecke der Abrechnung, Abrechnungsprüfung und Klärung von Regressfällen (Art. 9 Abs. 2 lit. h, Abs. 3, Abs. 4 DSGVO i. V. m. §§ 295, 301 SGB V)

- Datenübermittlung zu Zwecken der Qualitätssicherung (Art. 9 Abs. 2 lit. i DSGVO i. V. m. § 299 SGB V i. V. m. § 136 SGB V bzw. den Richtlinien des G-BA), usw.

Darüber hinaus können sich weitere Datenübermittlungsrechte/-pflichten aus anderen gesetzlichen Vorgaben ergeben bzw. sind Verarbeitungen auch in Fällen zulässig, in denen Sie uns Ihre Einwilligung erklärt haben.

Berechtigte Interessen, die vom MVZ verfolgt werden

Sofern wir zur Durchsetzung unserer Ansprüche gegen Sie selbst oder Ihre Krankenkasse/kassenärztliche Vereinigung gezwungen sind, anwaltliche oder gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, da die von uns gestellte Rechnung nicht beglichen wird, müssen wir (zu Zwecken der Rechtsverfolgung) die dafür notwendigen Daten zu Ihrer Person und Ihrer Behandlung offenbaren.

Notwendigkeit der Angabe Ihrer Personalien

Gemäß § 630c Abs. 1 BGB sollen der behandelnde Arzt und der Patient zur Durchführung der Behandlung zusammenwirken. Für Ihrer patientenbezogene Versorgung/Behandlung ist es daher in Ihrem eigenen Interesse empfehlenswert, Ihrem behandelnden Arzt die für die Behandlung erforderlichen Auskünfte zu Ihrem Gesundheitszustand zu erteilen, insb. hinsichtlich etwaiger Vorerkrankungen/-diagnosen und Allergien. Die ordnungsgemäße administrative Abwicklung Ihrer Behandlung bedingt weiterhin die Aufnahme Ihrer Personalien.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Zweckbestimmung unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. etwaiger vorliegender Einwilligungserklärungen verarbeitet. Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des MVZ erfolgt nur, soweit gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder gebieten, die Weitergabe zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlich ist oder uns Ihre Einwilligung vorliegt. Als derartige Dritte kommen insbesondere in Betracht:

- gesetzliche Krankenkassen und kassenärztliche Vereinigungen, sofern Sie gesetzlich versichert sind
- private Krankenversicherungen, sofern Sie privat versichert ist
- externe Abrechnungsdienstleister, denen sich das MVZ bedient
- Unfallversicherungsträger
- Hausärzte, weiter-, nach- bzw. mitbehandelnde Ärzte
- andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder Behandlung (z. B. Labore)
- Rehabilitationseinrichtungen
- Pflegeeinrichtungen usw.

Weiterhin arbeitet das MVZ mit verschiedenen Unternehmen zusammen, die für das MVZ z. B. im Rahmen der IT Dienstleistungen nach Art. 28 DSGVO (Auftragsverarbeitung) erbringen. Eine Auftragsverarbeitung charakterisiert sich dadurch, dass das MVZ sich als verantwortliche Stelle (Verantwortlicher im Sinne von Art. 4 Ziff. 7 DSGVO) Dienstleistungsunternehmen bedient, die unter engen Vorgaben lediglich weisungsgebunden, d. h. in völliger Weisungsabhängigkeit, mit den Daten umgehen. Dies hat zur Folge, dass der Datentransfer zwischen dem MVZ und dem externen Dienstleistungsunternehmen nicht als Datenübermittlung verstanden wird. Für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Dienstleister ist in dieser Konstellation der Auftragsverarbeitung regelmäßig keine weitere Rechtsgrundlage erforderlich als diejenige, auf die das MVZ selbst die Verarbeitung stützt. Wir stellen in diesem Zusammenhang sicher, dass die

Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt.

Welche Daten werden im Einzelnen übermittelt?

Sofern Daten übermittelt werden, hängt es im Einzelfall vom jeweiligen Empfänger ab, welche Daten dies sind. Bei einer Übermittlung entsprechend §§ 295 SGB V an Ihre Krankenkasse/ die zuständige kassenärztliche Vereinigung handelt es sich zum Beispiel um folgende Daten:

1. Name des Versicherten,
2. Geburtsdatum,
3. Anschrift,
4. Krankenversicherungsnummer,
5. Versichertenstatus,
6. den Tag, die Uhrzeit und den Grund der Behandlung (Diagnosen).

Übermittlung Ihrer Daten in ein Land außerhalb der EU/ des EWR

In der Regel werden Ihre personenbezogenen Daten innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) verarbeitet. In allen diesen Ländern besteht aufgrund der DSGVO ein hohes einheitliches Datenschutzniveau, wonach Ihre Daten umfangreich geschützt sind. Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

Sofern das MVZ Auftragsverarbeiter bzw. der Auftragsverarbeiter Unterauftragnehmer in einem Land außerhalb der EU oder des EWR einsetzt, stellt das MVZ die Einhaltung der diesbezüglichen Vorgaben der DSGVO sicher, insbesondere gemäß Art. 44 ff. DSGVO, wobei der Datentransfer zwischen dem MVZ und dem externen Dienstleistungsunternehmen in diesen Fällen nicht als Datenübermittlung verstanden wird.

Behandlung aufgrund ästhetischer Operationen, Tätowierungen oder Piercings

Für den Fall, dass Sie eine Krankheit haben, für die der Verdacht besteht, dass sie Folge einer medizinisch nicht indizierten ästhetischen Operation, einer Tätowierung oder eines Piercings ist, sind wir verpflichtet, Ihrer Krankenkasse darüber eine Meldung zu machen. Hintergrund dieser Regelung ist, dass die Krankenkasse in diesen Fällen den Versicherten in angemessener Höhe an den Kosten zu beteiligen und das Krankengeld für die Dauer dieser Behandlung ganz oder teilweise zu versagen oder zurückzufordern hat.

Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Wir sind gemäß § 630f BGB dazu verpflichtet, eine Dokumentation über Ihre Behandlung zu führen. Dieser Verpflichtung können wir in Form einer in Papierform oder elektronisch geführten Patientenakte nachkommen. Diese Patientendokumentation wird auch nach Abschluss Ihrer Behandlung für lange Zeit vom MVZ verwahrt, da das MVZ dazu gesetzlich verpflichtet ist.

Mit der Frage, wie lange die Dokumente im Einzelnen aufzubewahren sind, beschäftigen sich viele spezielle gesetzliche Regelungen. Zu nennen sind etwa hier das Strahlenschutzgesetz (StrlSchG), die Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO), das Transfusionsgesetz (TFG) und viele mehr. Diese gesetzlichen Regelungen schreiben unterschiedliche Aufbewahrungsfristen vor.

Kommen keine speziellen gesetzlichen Fristen in Ihrem Behandlungsfall zum Tragen, verwahren wir die Aufzeichnungen gemäß § 30 Abs. 3 BGB generell 10 Jahre ab Behandlungsende.

Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

Das MVZ nutzt keine Verarbeitungsprozesse einschließlich Profiling, bei denen auf technischem Wege automatisiert und ohne menschliches Eingreifen eine Entscheidung herbeigeführt werden würde, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfalten oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigen würde, z. B. über die Durchführung einer Behandlung. Sollten wir diese Verfahren im seltenen Einzelfall dennoch einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Ihre Rechte als betroffene Person

Aus der DSGVO stehen Ihnen sogenannte Betroffenenrechte zu, d. h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber dem MVZ geltend machen. Diese sind im Einzelnen:

- **Recht auf Bestätigung und Auskunft (Art. 15 DSGVO)**

Sie haben das Recht, vom MVZ eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dieses der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft zu von Ihnen durch das MVZ verarbeiteten personenbezogenen Daten sowie zu den weiteren in Art. 15 Abs. 1 DSGVO aufgeführten Informationen. In diesem Zusammenhang stellen wir Ihnen zur Erfüllung des Anspruchs gerne eine unentgeltliche Kopie Ihrer Patientenakte zur Verfügung und folgen damit der Empfehlung der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Gemäß Art. 15 Abs. 3 DSGVO steht Patienten ein Anspruch auf Datenkopien zu. Diese können dem Patienten auf einem Datenträger oder in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

- **Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung (Art. 16 DSGVO)**

Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Im Falle unvollständiger Daten haben Sie unter Berücksichtigung des Zwecks das Recht, die Vervollständigung zu verlangen.

- **Recht auf Löschung ("Recht auf Vergessenwerden") (Art. 17 DSGVO)**

Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschgründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Daten zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten dem entgegenstehen. Bitte beachten Sie, dass das MVZ bestimmte Daten für die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben ggf. für einen bestimmten Zeitraum aufbewahren muss.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)**

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.

- **Recht auf Mitteilung (Art. 19 DSGVO)**

Das MVZ teilt allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung

der Verarbeitung mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Das MVZ unterrichtet Sie über diese Empfänger, wenn Sie dieses verlangen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)**

Sie haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und Sie haben das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln.

- **Recht auf Widerruf von erteilten Einwilligungen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)**

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a, Art. 7, Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO beruht, die Sie dem MVZ gegenüber erklärt haben, dann steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Diese Erklärung können Sie – schriftlich/per Mail/Fax – an das MVZ richten. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt allerdings erst ab dem Zeitpunkt, zu dem dieser dem MVZ zugeht. Er hat keine Rückwirkung. Die Verarbeitungen Ihrer Daten, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben bis zu diesem Zeitpunkt rechtmäßig.

- **Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, die auf Grund der nachstehenden Vorschriften erfolgt:

- Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde oder
- die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.

Der Widerspruch kann jeweils formfrei erfolgen.

- **Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)**

Unabhängig davon, dass es Ihnen auch freisteht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Das Beschwerderecht besteht unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Die für das MVZ zuständige datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart
Königstraße 10a, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711/61 55 41-0
Fax: 0711/61 55 41-15
E-Mail: poststelle@fd.bwl.de
<http://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>